



„150 Jahre Kriminalisierung sind genug!“

Über 700 Teilnehmende bei §218-Kongress

Über 700 Menschen haben sich für den Fachkongress „150 Jahre §218 StGB“ angemeldet. Für sie bietet der hybride Kongress am Freitag und Samstag (27.-28.8.21) in Berlin fachlichen Austausch, Information und Diskussion zu dem Thema Schwangerschaftsabbrüche. „Die hohe Zahl der Anmeldung zeigt, wie hoch das gesellschaftliche Interesse ist“, sagt Prof. Dr. Ulrike Lembke von der Humboldt-Uni Berlin. Sie ist Teil der Planungsgruppe aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, welche den Kongress organisiert hat.

Schirmfrauen des Kongresses sind die Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süßmuth und die Bundesfrauenministerin a.D. Dr. Christine Bergmann. Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend fördert den Kongress.

Seit 150 Jahren werden Schwangerschaftsabbrüche in §§218ff Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt, was erhebliche Auswirkungen auf die reproduktive Gesundheitsversorgung und ärztliche Tätigkeit in Deutschland hat. Die Referentinnen des Kongresses hinterfragen diesen Status quo: „Unsere Gesellschaft darf Schwangere nicht schuldig sprechen, wenn sie sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Beratung sollte nicht als Pflichtberatung institutionalisiert werden, sondern auf der Basis von Freiwilligkeit Räume öffnen, sich mit persönlichen Themen wie z.B. Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft auseinanderzusetzen“, betont Dörte Frank-Boegner, Bundesvorsitzende von pro familia. „Eine evidenzbasierte, menschenrechtskonforme außerstrafrechtliche Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs ist notwendig. Was genau wir als Gesellschaft wollen – darüber müssen wir reden“, ergänzt die stellvertretende Vorsitzende Stephanie Schlitt.

Neben Fachvorträgen über die Geschichte und Konsequenzen des §218 StGB und Workshops u.a. zu Praxiserfahrungen in der psychosozialen Beratung vor Schwangerschaftsabbrüchen werden Vertreter*innen der Bundestagsparteien auf einem politischen Podium diskutieren. Zudem gibt es ein internationales Podium, um die Entwicklung von kriminalisierten Schwangerschaftsabbrüchen in anderen Ländern nachzuzeichnen. Den Abschluss des Kongresses bildet eine gemeinsame Erklärung der Veranstalter*innen zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Aktuelle Informationen zum Kongress: www.150jahre218.de oder auf Twitter: @218kongress.

26.08.2021

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Mainzer Landstraße 250-254
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.